

REFORM

Regierung und Kassen im Clinch

WIEN. Heftige Proteste aus den Sozialversicherungen und auch der ÖVP hat der Vorwurf der Regierung hervorgerufen, dass die Sozialversicherungen auf Privilegien sitzen und mit Milliardenvermögen spekulieren. Es gäbe zudem mehr als 1.000 Sozialversicherungsfunktionäre und 160 Dienstfahrzeuge. Für die Kassen und auch deren Vorsitzenden Alexander Biach (selbst ÖVP) sind das falsche Anschuldigungen und schlechter politischer Stil.

Bogen überspannt?

Die Krankenkassen sind gesetzlich zur Bildung und Sicherung von Rücklagen für mögliche Notfälle wie Pandemien verpflichtet und müssen diese sicher in Anleihen anlegen. Dabei werden sie laufend von Sozial- und Finanzministerium geprüft, wehren sich die Versicherungen. Von den 1.000 Funktionären arbeiten zudem 95% ehrenamtlich. Die Regierung hat angekündigt, die Kassen zusammenlegen zu wollen. (red)

**Im Schussfeld**

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) hat den Regierungsauftrag, die Kassen zu fusionieren.

© APA/Erwin Scherlau

Debatte um Daten

Die umstrittene Freigabe von Daten der Elektronischen Gesundheitsakte kommt doch, sie wird aber eingeschränkt.



© Belle & Tass

Die Regierung will auch Daten der Elektronischen Gesundheitsakte für Forschungszwecke nutzbar machen.

•• Von Martin Rümmele

WIEN. ÖVP und FPÖ haben im Nationalrat ein umstrittenes Datenpaket beschlossen. Mit der entsprechenden Neuregelung wird es Forschern – auch aus der Privatwirtschaft – erleichtert, persönliche Daten der Österreicher, die der Bund erhoben und abgespeichert hat, für Forschungszwecke zu verwenden.

Die Namen der Betroffenen werden durch eine Kennzahl ersetzt, um die namentliche Zuordnung ihrer Daten zu verhindern. Kritiker finden, dass man hier von keiner echten Anonymisierung sprechen kann und haben im Vorfeld des Beschlusses rechtliche Bedenken vorgebracht. Freigegeben werden können die Daten nur mit dem Segen der jeweils zuständigen Minister.

Widerstand von Ärzten

Heftige Kritik kam dazu unter anderem von der Ärztekammer, die um die Sicherheit von Daten aus der Elektronischen Gesund-

„

Wer sicher sein will, dass seine Daten nicht weitergegeben werden, muss aus ELGA herausoptieren.

Johannes Steinhart
Ärztekammer

“

heitsakte ELGA besorgt ist. „Wer sicher sein möchte, dass seine persönlichen Gesundheitsdaten nicht an Dritte weitergegeben werden, muss aus ELGA herausoptieren“, kommentierte Ärztekammer-Vizepräsident Johannes Steinhart das seiner Ansicht nach „Kommunikationschaos der Bundesregierung“. „Die Verwendung von Daten der ELGA-Befunde für Forschungszwecke muss, so wie es auch Gesundheitsministerin Beate

Hartinger-Klein gefordert hat, ausdrücklich verboten werden“, forderte Steinhart.

Genau diese ruderte allerdings wieder zurück und akzeptierte die Einigung. Sie sieht den Balanceakt zwischen umfassendem Datenschutz und medizinischer Forschung im Rahmen der Big Data-Analysen als gelungen: „Patienten-Daten sind weiterhin gesichert, und die Wissenschaft kann unter ganz bestimmten, klar geregelten Kriterien auf anonymisierte Daten zugreifen.“

Ärzte sollen prüfen

ELGA-Daten werden nur unter bestimmten Rahmenbedingungen freigegeben. Standesvertretungen wie die Ärztekammern oder Fachgesellschaften müssen prüfen, ob ein wissenschaftliches Interesse an der aggregierten und anonymisierten Datenfreigabe vorliegt. Wird das Forschungsinteresse bestätigt, ist die Genehmigung einer Ethikkommission für das jeweilige Forschungsprojekt erforderlich.